

## Besuch bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt

Am 26. Juli 2017 war der 81. Lehrgang zu Besuch bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, um mit Johannes Priesemann, dem Präsidenten der EZB Gewerkschaft IPSO (International and European Public Services Organisation), neben den Aufgaben der EZB vor allem über die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Europäischen Organisation zu sprechen.

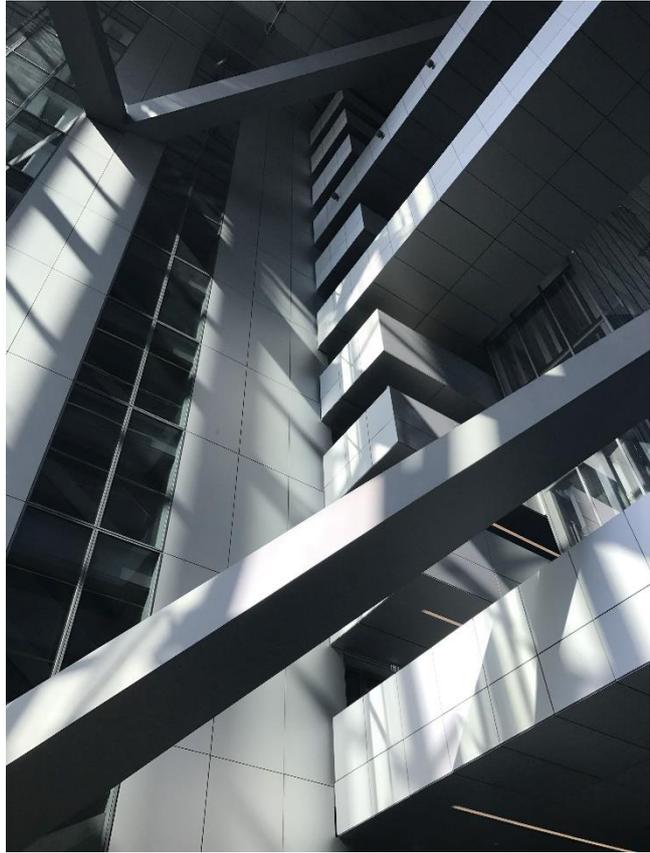


Nach einer umfassenden Sicherheitsüberprüfung am Haupteingang der neuen EZB im Frankfurter Ostend wurden die Studierenden von Johannes Priesemann im Foyer der EZB in Empfang genommen. Der Vortrag von Priesemann und die anschließende Diskussion mit den Studierenden fand in einem großen Sitzungsraum statt.

Die Europäische Zentralbank in Frankfurt unterliegt als EU-Institution nicht dem Recht ihres Sitzstaates. Nach Art. 36.1 der Satzung des ESZB und der EZB werden die Beschäftigungsbedingungen für das Personal auf Vorschlag des

Direktoriums vom EZB-Rat festgelegt. Individual- und Kollektivarbeitsrecht, Dienstrecht, Sozialversicherungsrecht und Disziplinarrecht werden somit von der EZB selbst gesetzt. Da auch das deutsche Mitbestimmungsrecht keine Anwendung findet, war die Gründung einer „hauseigenen“ Gewerkschaft zweckmäßig. Laut Priesemann war diese auch in Hinsicht der Etablierung einer inneren Demokratie notwendig, um einen sozialen Dialog zu installieren: Beteiligung des Personals an Einstellungsverfahren, Benennung eines Behinderten- und Gleichstellungsbeauftragten sowie Mitspracherechte des Personals bei Einstellungs- und Beförderungsfragen waren vor der Gründung von IPSO kein Thema in der EZB. Eine Vision von Priesemann ist es auch, eine Zentralbank zu bauen, die für jedermann zugänglich ist und keine Hochsicherheitstüren benötigt.

Obwohl die Mitgliedschaft in der IPSO Beschäftigten aller europäischen und internationalen Institutionen in Deutschland offensteht, besteht ein Großteil der circa 600 Mitglieder aus EZB-Angestellten. Laut Priesemann sind derzeit etwa ein Drittel der gesamten Belegschaft unbefristet beschäftigt, ein weiteres Drittel ist befristet mit der Aussicht auf Entfristung. Das letzte Drittel besteht aus LeiharbeiterInnen und Berater. Um als Sozialpartner überhaupt anerkannt zu werden, bedarf es nach EZB-Recht allerdings einer Mitgliederzahl von mindestens 10 Prozent der dauerhaft



angestellten Mitglieder. Collective Bargaining, das Recht auf Tarifverhandlungen, besteht dagegen nicht. IPSO hat ausschließlich Konsultations- und Informationsrechte. Dasselbe gilt für das sogenannte Staff Committee, eine Art Personalrat der EZB, dessen Rechte allerdings deutlich unter denen eines Betriebsrates liegen. Druckmittel, die IPSO als Interessenvertretung gegen den EZB-Rat als Entscheidungsgremium der Institution einsetzen kann, sind vielmehr Öffentlichkeitsarbeit, der interne Dialog, Protestaktionen oder auch das Führen von Rechtsstreitigkeiten. Streik als Druckmittel, so Priesemann auf eine Zwischenfrage eines Studierenden, wurde von den Beschäftigten das erste Mal 2009 aufgrund der Verschlechterungen ihrer Altersbezüge eingesetzt. Obwohl Streik zwar durch das Management anerkannt wird, ist die Bereitschaft der Beschäftigten aufgrund der überwiegend befristet abgeschlossenen Arbeitsverträge quasi nicht gegeben.

Diese Personalpolitik der EZB hat Konsequenzen für die Unternehmenskultur: Laut einer repräsentativen Umfrage, die vom Staff Committee in Auftrag gegeben wurde, steuern 31 Prozent der EZB-Mitarbeiter auf ein Burn-out zu und ein weiteres Drittel zeigt Erschöpfungszustände, so Priesemann. Die Gründe dafür liegen im rapiden Anstieg der zu bewältigenden Aufgaben in den letzten Jahren bei gleichzeitig gegebenen Personalmangel.

Eine Verschärfung der Situation und zusätzliche Belastung für die Beschäftigten ist die mit der Befristung der Verträge einhergehende permanente Job-Unsicherheit.

In der anschließenden Diskussionsrunde interessierte die Studierenden vor allem die von IPSO bisher erzielten Errungenschaften für die Leiharbeiter. Positive Veränderungen, die IPSO für Leiharbeitnehmer erzielt haben, sind der Einblick in die internen Stellenangebote, Auskunft über Vergleichsgehälter, der Zugang zur Tiefgarage, die Einladung zum Sommerfest und die Abschaffung einer separaten, „Zweiklassen-Zugangskarte“, die Festangestellte von Leiharbeitnehmern differenzierte. Grundsätzlich ist IPSO bestrebt, die Beschäftigung von Leiharbeitnehmer zu reduzieren, indem für diese nach Ablauf ihres Vertrages EZB-Positionen geschaffen werden sollen.

Zum Abschluss des Besuchs wurden die Studierenden von Johannes Priesemann durch das Gebäude der EZB mit seiner beeindruckenden Glasarchitektur und Aussichtsplattform geführt. Während des Rundgangs ergab sich für die Studierenden die Gelegenheit, in der Büroabteilung der IPSO mit weiteren Aktivisten der Gewerkschaft ins Gespräch zu kommen.

Für die interessanten Einblicke in die Arbeit der IPSO und das Engagement von Johannes Priesemann und seinen Kollegen bedankten sich die Studierenden des 81. Lehrgangs. Für die Möglichkeit eines zukünftigen Besuchs zeigte sich IPSO gerne bereit.

